

Antragsheft 1

1. Tagung des 8. Landesparteitages

am Samstag, 13. März 2021, 11.00 Uhr bis ca. 21.45 Uhr
und Sonntag, 14. März 2021, 9.30 Uhr bis ca. 17:00 Uhr.
in der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover

Tagesordnung (Vorschlag)

Für den Fall, dass der Landesvorstand am 13. Februar 2021 beschließt, den Landesparteitag teilweise Online durchzuführen, erhaltet Ihr rechtzeitig einen geänderten Tagesordnungsvorschlag. Der digitale Teil des Landesparteitages findet dann voraussichtlich ab Freitagabend, 12. März 2021, statt.

Samstag, 13. März 2021

Top 1	Begrüßung durch die Landesvorsitzende	11.00 Uhr
Top 2	Formalien 2.1. Genehmigung der Tagesordnung 2.2. Beschluss über die Geschäftsordnung des Landesparteitages 2.3. Festlegung der 3 2.4. Wahl des Tagungspräsidiums 2.5. Wahl der Mandatsprüfungskommission 2.6. Wahl der Antragskommission 2.7. Wahl der Wahl- und Zählkommission	11.15 Uhr
Top 3	Gedenken an Verstorbene	
Top 4	Grußwort DGB	11.30 Uhr
Top 5	Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes und Diskussion 12.45 Uhr Pause	12.00 Uhr
Top 6	Frauen- und Männerplena	
Top 7	Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission 15.45 Uhr Pause	13.45 Uhr
Top 8	Vorstellung, Diskussion und Abstimmung des Leitantrages des Landesvorstandes	14.00 Uhr
Top 9	Rechenschaftsbericht der Landesfinanzrevisionskommission und Entlastung des Landesvorstandes	15.30 Uhr
Top 10	Wahl der beiden Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden	16.30 Uhr
Top 11	Wahl der Landesgeschäftsführer*in	17.30 Uhr
Top 12	Wahl der Landesschatzmeister*in und der stellvertretenden Landesschatzmeister*in	18.00 Uhr
Top 13	Wahl der jugendpolitischen Sprecher*in 19.00 Uhr Pause	18.30 Uhr
Top 14	Festlegung der Größe des Landesvorstandes	19.30 Uhr

Top 15	Wahl weiterer Landesvorstandsmitglieder auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung	19.45 Uhr
	21.00 Uhr Abschluss des ersten Tages des Landesparteitages	

Sonntag, 14. März 2021

Top 16	Grußwort der Bundesvorsitzenden	9.00 Uhr
Top 17	Wahl weiterer Landesvorstandsmitglieder auf der gemischten Liste	9.30 Uhr
Top 18	Wahl der Landesschiedskommission	11.30 Uhr
Top 19	Wahl der Inklusionsbeauftragte*n	12.00 Uhr
Top 20	Wahl der Landesfinanzrevisionskommission	12.30 Uhr
Top 21	Anträge	12.45 Uhr
	14.00 Uhr Pause	
Top 22	Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss (2022-2023)	14.30 Uhr
Top 23	Verabschiedung bisheriger Landesvorstandsmitglieder	15.45 Uhr
Top 24	Schlusswort der neugewählten Landesvorsitzenden	16.00 Uhr
Top 25	Internationale	16.15 Uhr

Leitantrag

1

2 Einleitung

3 Bankenkrise, Schuldenkrise, Demokratiekrise, Klimakrise, Hungerkrisen und jetzt Coronakrise – der
4 Neoliberalismus befindet sich gesellschaftlich in einer tiefen Krise – ökonomisch, politisch und
5 ökologisch. Offenkundig ist, dass die Politik der letzten Jahre (Privatisierung öffentlicher Güter,
6 Demokratieabbau und Sozialstaatsabbau) für eine wirkliche Lösung grundsätzlich überwunden werden
7 muss. Prekäre Arbeitsbedingungen, mit unbezahlbaren Kosten für Wohnungen in Folge von
8 Spekulationen, ein am Profit orientiertes Gesundheitswesen, Kriege und Militarisierung, Zerstörung
9 unserer Umwelt, Rassismus und Rechtsentwicklung: Schluss damit! Verantwortlich sind das Kapital
10 und seine politischen Helfer. Von der aktuellen Politik ist kein Systemwechsel zu erwarten. Den
11 notwendigen Systemwechsel können wir nur gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen
12 durchsetzen. In Opposition zu den aktuellen Verhältnissen kämpfen wir für einen sozial-ökologischen
13 und friedenspolitischen Systemwechsel.

14 Die Coronakrise hat das Scheitern jahrzehntelanger (finanz-)marktdevoter Regierungspolitik und auf
15 Profit getrimmter Sozial- und Gesundheitssysteme weltweit und für alle sichtbar offengelegt. Das Virus
16 infiziert Arm wie Reich, doch es trifft die ärmeren Länder und Schichten am härtesten: Diejenigen, die
17 krank werden und um ihr Leben fürchten sowie diejenigen, die den Job verlieren, überarbeitet oder
18 allein sind. Die asozialen Raubzüge der Superreichen, das Kranksparen ganzer Gesundheitssysteme
19 und die Privatisierungen der Daseinsvorsorge wirken sich nun in ihrer ganzen Rohheit aus. Die
20 herrschenden Reaktionen auf Corona haben die beginnende Wirtschaftskrise zu einer
21 Wirtschaftskatastrophe werden lassen. Demokratie und Meinungsfreiheit wurden von den
22 Regierenden schwer beschädigt. Die Konzern-Lobbyisten und ihre Vasallen fangen schon wieder an,
23 von der "schwarzen Null" zu schwärmen, Lohn- und Steuerdumping, Demokratie- und
24 Sozialstaatsabbau als Lösungen anzupreisen. Während der Rüstungsetat im Bundeshaushalt erhöht
25 wird, droht in vielen öffentlichen Bereichen der Rotstift – nicht mit uns!

26 Einsparungen sind mit uns nur beim Militär zu machen. Statt Kürzungen wollen wir die Umverteilung
27 von großen Vermögen, das Ende der Schuldenbremse, die Ausfinanzierung der öffentlichen
28 Daseinsvorsorge und die (Re-)Kommunalisierung der Daseins- und Grundversorgung (Energie &
29 Wasser). Arbeitszeiten gehören gekürzt, Löhne insbesondere in gesellschaftlich relevanten Berufen
30 erhöht und die Mindestsicherung in Erwerbslosigkeit sowie Rente sanktionsfrei sichergestellt. Wir
31 wollen die Kommunen stärken, diesen demokratische Handlungsmöglichkeiten zurückgeben und dafür
32 sorgen, dass sie statt Schuldenlast die gesellschaftlich relevanten Fragen wie Nahverkehr,
33 Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Bildung und zur sozial-ökologischen Nachhaltigkeit angehen
34 können. Als Landesverband DIE LINKE Niedersachsen wollen wir uns mit vereinter Kraft den großen
35 gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, Seite an Seite mit progressiven Bewegungen und
36 Gewerkschaften. Dafür wollen wir eine breitere programmatische Schwerpunktsetzung
37 leidenschaftlich mit Leben füllen, unsere Partei in Engagement, Ambition und politischer Qualifikation
38 weiterentwickeln, produktiv und auf Augenhöhe diskutieren und somit gemeinsam die Welt verändern.
39 So werden wir auch kämpferisch in den Kommunal- und Bundestagswahlkampf 2021 starten.

40

41 **Wahlen und Wahlkämpfe**

42 **Selbstverständnis der Landespartei in Wahlkämpfen**

43 Die Kommunalwahlen in Niedersachsen finden am 12. September 2021, zeitnah vor der
44 Bundestagswahl statt. An diesem Tag werden dann neben Kreistagen, Räten der Gemeinden und
45 Städte und den Ortsräten auch etliche Bürgermeister*innen gewählt. Das ist eine riesige
46 Herausforderung und eine riesige Chance für unsere Partei.
47 Die Kommunalwahlen gestalten sich sowohl in politischer als auch in personeller und
48 organisatorischer Hinsicht als eine Herausforderung für unseren Landesverband. Die Kommunalpolitik
49 ist und bleibt eines der wichtigsten politischen Arbeitsfelder.
50 Die Kommunalwahlen werden von den Kreisverbänden vor Ort bestimmt und getragen. Der
51 Landesverband wird dabei unterstützen, Orientierung anbieten. Für einen erfolgreichen Wahlkampf
52 muss es uns zum einen gelingen, die vielen neuen motivierten Mitglieder zu integrieren und zum
53 anderen auf die Erfahrung unserer langjährigen Mitglieder zurückzugreifen.
54 Da alle Kreisverbände über unterschiedliche Strukturen und personelle wie materielle Ressourcen
55 verfügen, sind hier differenzierte Ansätze erforderlich.

56

57 **Inhaltliche Orientierung**

58 Auch wenn jede Region und jeder Kreisverband eigene Schwerpunkte und Themen hat, die die
59 Genoss*innen vor Ort am besten kennen, ist es notwendig, dass es einen grundlegenden Überblick
60 über unsere Positionen zu verschiedenen Themen gibt. Das hilft uns zum einen ein gemeinsames
61 linkes Profil zu entwickeln und nach außen zu vertreten und dient zum anderen als Nachschlagewerk
62 und Orientierung bei einzelnen Sachfragen.

- 63 • Der Landesvorstand hat dazu ein Kommunalwahlrahmenprogramm erarbeitet, welches auf der
64 Sitzung des Landesausschusses am 23. Januar 2021 verabschiedet wurde.
- 65 • Das Programm beschreibt die Eckpunkte niedersächsischer Kommunalpolitik und ist damit
66 Wegweiser für eine linke Politik in Niedersachsen.
- 67 • Der Landesverband hat neben dem Rahmenwahlprogramm auch ein Kurzprogramm erstellt,
68 welches die Kreisverbände entweder in dieser Form nutzen oder ergänzen bzw. als Grundlage
69 für ein eigenes Programm verwenden können.

70

71 **Unterstützung der Kreisverbände**

72 Unsere 44 Kreisverbände sind verschieden stark aufgestellt und die Möglichkeiten der Geschäftsstelle
73 sind begrenzt. Für eine erfolgreiche Kommunalwahl müssen wir unsere Strukturen stärken, gerade in
74 den Flächenkreisen. Mit der Regionalisierung haben wir ein Instrument, die organisatorische und
75 inhaltliche Arbeit und die Vernetzung innerhalb der Partei zu stärken. Durch eine starke Kooperation
76 im Landesverband sowie der konkreten Unterstützung der MdBs und ihrer Mitarbeiter*innen wollen
77 wir die Kommunalwahl durch die Involvierung der gesamten Partei gestalten.

- 78 • Der Landesverband stellt einheitliche und bearbeitbare Vorlagen zur Öffentlichkeitsarbeit zur
79 Verfügung. Hierzu können z.B. Share-Pics, Wahlplakate, Personenflyer, Anzeigen etc. gehören,
80 welche z.B. durch ein Cloud System allen Kreisverbänden zur Verfügung gestellt werden.
- 81 • Der Landesverband erstellt Leitfäden für die Durchführung der Aufstellungsversammlungen
82 und zur strengen Einhaltung der Formalien.

- 83 • Die Regionalverantwortlichen bleiben in ständigem Kontakt mit den Kreisverbänden und
84 organisieren gegenseitig Hilfe, z.B. beim Aufhängen von Plakaten oder dem Organisieren von
85 Veranstaltungen.
86 • Die Mitarbeitenden in den Büros der MdBs kooperieren mit den Kreisvorständen und den
87 Regionalverantwortlichen bei der Organisation und Umsetzung von Veranstaltungen.
88

89 **Einbindung der Mitglieder**

90 Um Hoffnung und Lust auf Veränderung zu wecken, muss DIE LINKE diese vor allem selbst
91 ausstrahlen. Das gilt auch für einen Wahlkampf, der durch möglichst viele Genoss*innen begeistert
92 geführt wird. Wir wollen mit einer starken, bunten und angriffslustigen Partei erfolgreichen Wahlkampf
93 machen, unsere Positionen in den Kommunalparlamenten stärken und zwei Wochen später ein gutes
94 Ergebnis bei der Bundestagswahl erreichen.

- 95 • Die Kreisverbände sind in besonderer Weise aufgerufen, die Neumitglieder im Wahlkampf „an
96 die Hand“ zu nehmen, sie für den Wahlkampf zu aktivieren und ihre Kraft und Kreativität mit
97 einzubeziehen.
98 • Wir wollen in der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl intensiv die
99 Zusammenarbeit mit dem Jugendverband suchen. Mit den Ideen und Vorschlägen junger
100 Genoss*innen kann es uns gelingen, spannend und anregend potenzielle Kandidatinnen und
101 Kandidaten auf die Kommunalwahlen aufmerksam zu machen.
102 • Der Landesverband bietet Schulungen zur Kommunalpolitik an; zu Themen wie Pressearbeit,
103 soziale Medien, Grundlagen zur Kommunalpolitik, Rhetorik etc., das durch möglichst viele
104 Kandidat*innen genutzt werden kann.
105

106 **Erarbeitung einer Wahlkampfstrategie**

107 Der Kommunalwahltermin ist der 12. September 2021, zwei Wochen vor der Bundestagswahl. Wir
108 müssen die Kommunalwahlen als Chance zur Verankerung vor Ort begreifen, die in einem Flächenland
109 wie Niedersachsen von besonderer Bedeutung ist. Mit der Wahlkampf- und Kulturkommission haben
110 wir bereits einen wichtigen Schritt unternommen. Sie ist eine wichtige Unterstützung bei der
111 Einbindung der Parteibasis im Wahlkampf.
112

113 **Kommunalwahlen**

114 Die Kommunalwahlen bieten eine Chance zur (Re-)Aktivierung von Mitgliedern und zur weiteren
115 kommunalpolitischen Profilschärfung der Kreisverbände und ihrer Aktiven vor Ort. Bei der letzten
116 Kommunalwahl haben viele kommunalpolitische interessierte Genoss*innen an speziellen Bildungs-
117 und Schulungsangeboten teilgenommen, haben sich bei der Erarbeitung ihres Wahlprogrammes
118 beteiligt und eigenes Infomaterial erstellt. Das ist ein zentraler Grund dafür, dass wir 2016 mehr
119 Mandate als 2011 erringen und unsere gesellschaftliche Verankerung vertiefen konnten. Trotzdem
120 bleiben noch viele weiße Flecken, wo die LINKE in den kommunalen Räten fehlt.

121 Diese gesellschaftliche Verankerung bildet die Grundlage unserer Politik. Sie kann sich sehr
122 unterschiedlich ausdrücken: Durch intensivierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu lokalen
123 Problemen, durch Aktionen, die auf lokale Probleme hinweisen, durch Anträge und Anfragen, die
124 gesellschaftliche Probleme benennen, dadurch, dass wir die Anliegen von Bündnispartner*innen in die

125 kommunalen Räte tragen oder einfach durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kreisverbände
126 durch Abgaben der Mandatsträger*innen. Durch die Arbeit in den kommunalen Räten konnten wir
127 Erfahrungen sammeln und Wissen gewinnen, welches in die lokalen Wahlprogramme einfließen, in den
128 Gesprächen an den Infotischen deutlich werden und bei Auftritten auf Podien sichtbar werden muss.
129 Da, wo wir gute Kommunalpolitik machen, wollen wir unsere Wahlergebnisse verbessern. Da, wo wir
130 kommunalpolitisch kaum auftreten, müssen wir neue Mandate erringen, Fraktionen bilden und unsere
131 Infrastruktur ausbauen.

132 Die Kommunalwahlen nutzen wir zur Kritik lokaler Verhältnisse, zur Aufklärung über die Ursachen und
133 zum Aufzeigen der Notwendigkeit, dass sich die Menschen gegen die Verhältnisse organisieren. Vor
134 allem vor Ort. Die Kommunalpolitiker*innen und Fraktionen der LINKEN sind Bündnispartner der
135 Menschen und sozialen Bewegungen vor Ort. Dieses Verhältnis wollen wir auch durch eine
136 erfolgreiche Wahl vertiefen.

137 Mit unserem Wahlkampf müssen wir verdeutlichen, dass wir die Folgen der Landes- und Bundespolitik
138 vor Ort erklären können, linke Kommunalpolitik als Sprachrohr von prekarierten Menschen und
139 Bündnispartner*innen handelt und sich die Lebenssituation nur verbessert, wenn DIE LINKE ein gutes
140 Ergebnis erzielt und mit Initiativen den Druck auf die anderen Parteien und die Verwaltung erhöht. Der
141 Wahlkampf ist nicht nur eine Zeit der Konkurrenz, sondern des Zusammenhaltes. Es ist eine Zeit der
142 höheren gesellschaftlichen Politisierung, die wir für gemeinsames Diskutieren, gemeinsame
143 Veranstaltungen, ein gegenseitiges Bilden und für Mitgliedergewinnung und Einbindung nutzen wollen.

144 Gemeinsam wollen wir:

- 145 ➤ eine Kampagne zur Kommunalwahl entwerfen, mit der sich die Mehrheit der Aktiven
146 identifizieren kann und die aktiviert.
- 147 ➤ die Erstellung von Infomaterial, Wahlprogrammen und Plakaten professionalisieren.
- 148 ➤ da unterstützen, wo Genoss*innen neu in die kommunalen Räte einziehen.
- 149 ➤ mit überregionalen thematischen Veranstaltungen und Konferenzen uns weiterbilden und
150 unsere Bündnisarbeit intensivieren.

151

152 **Bundestagswahl**

153 Die Bundestagswahl politisiert die gesamte Gesellschaft. Die Menschen diskutieren über soziale
154 Gerechtigkeit, Umweltzerstörung, Kriegseinsätze und die Perspektiven unserer Gesellschaft. Wir
155 werden diese gesellschaftliche Stimmung nutzen, um den Parteaufbau weiter voranzubringen. Bei der
156 letzten Wahlkampfphase konnten wir ca. 500 zusätzliche Mitglieder gewinnen. Zur Bundestagswahl
157 wollen wir mit Kampagnen und Angeboten unsere eigenen Mitglieder aktivieren und schulen und
158 möglichst früh Interessierte als Mitglieder und/oder Aktive gewinnen. Vor der Bundestagswahl wollen
159 wir uns über Strategien austauschen, unsere Aktive auf die inhaltliche und organisatorische
160 Wahlkampfarbeit vorbereiten und flächendeckend Präsenz zeigen. Nach der Bundestagswahl werden
161 wir unsere Angebote für Interessierte und Neumitglieder ausweiten, um sie in die aktive Parteiarbeit

162 einzuführen. Eine gut geschulte, motivierte und selbstbewusste Mitgliedschaft schafft die Grundlage
163 für politischen Erfolg und gesellschaftliche Verankerung.

164 In Niedersachsen werden 30 Direktkandidat*innen gewählt. DIE LINKE. Niedersachsen möchte alle
165 Wahlkreise mit Aktiven vor Ort besetzen. Unsere Direktkandidat*innen sind unsere Gesichter im
166 Wahlkampf. Sie vertreten uns in Podiumsdiskussionen und in Gesprächen am Infotisch. Wir wollen sie
167 gut auf diese Aufgabe vorbereiten und sie eng begleiten.

168 Gemeinsam wollen wir:

- 169 ➤ Schulungen zum Wahlprogramm und den wichtigsten Positionen der LINKEN anbieten.
- 170 ➤ die Kreisverbände auf die organisatorischen Herausforderungen vorbereiten.
- 171 ➤ mit einer Kampagne Mitglieder aktivieren und Neumitglieder gewinnen.
- 172 ➤ die Neumitglieder durch spezielle Angebote in die politische Arbeit einführen und einbinden.

173

174 Landtagswahl

175 Eine erfolgreiche Kommunal- und Bundestagswahl erhöht die Chance auf den Einzug in den Landtag.
176 Damit dieser gelingt, müssen wir unser landespolitisches Profil schärfen. Wir stehen vor der Aufgabe,
177 dass die inhaltliche Vorbereitung zur Landtagswahl bereits jetzt beginnen muss, obwohl wir unsere
178 Kräfte auf die Kommunal- und Bundestagswahl fokussieren müssen.

179 Niedersachsen braucht eine starke LINKE im Landtag, um unsere Bündnisarbeit zu intensivieren,
180 gesellschaftliche Missverhältnisse aufzudecken und besser für ein soziales und ökologisches
181 Niedersachsen kämpfen zu können.

182 Nach den Kommunal- und Bundestagswahlen im Herbst 2021 müssen wir die Landtagswahl
183 organisatorisch vorbereiten. Wir müssen ein Wahlprogramm entwerfen und diskutieren,
184 Beteiligungsprozesse organisieren und eine Wahlkampagne entwickeln, die uns selbst motiviert und
185 uns Aufmerksamkeit verschafft.

186 Gemeinsam wollen wir:

- 187 ➤ Gewerkschaften, Bündnispartner und Initiativen zu Gremiensitzungen einladen.
- 188 ➤ Landespolitisch relevante Landesarbeitsgemeinschaften reaktivieren und sie bei der
189 Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes integrieren.
- 190 ➤ Partizipationsmöglichkeiten bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes und der
191 Wahlkampagne zur Landtagswahl organisieren.
- 192 ➤ Aktive und Kandidierende für den Wahlkampf vorbereiten und inhaltlich schulen.

193

194 Politisches Arbeitsprogramm

195 Frieden

196 Kriege und Konflikte nehmen weltweit zu, die Gefahr einer atomaren Eskalation wächst. Deutschland,
197 die EU sowie die NATO-Staaten spitzen die Lage zu, durch kollektive Aufrüstung, Militarisierung,
198 erhöhte Rüstungsforschung und Waffenexporte. Niedersachsen ist nach wie vor Umschlagsplatz für
199 Rüstungsgüter, Durchgangsland für Kriegslogistik, Truppenübungsplatz und Standort für ein Teil der
200 Rüstungsindustrie. Als LINKE stehen wir gegen NATO, Waffenexporte und Kriegseinsätze auf der Seite
201 der mehrheitlichen Kriegsablehnung der Bevölkerung. Jeder Euro weniger in der Rüstungsindustrie ist
202 ein Euro mehr für das Allgemeinwohl. Wir stehen für Frieden, Solidarität und internationale
203 Kooperation, denn die Krisen dieser Welt können nur so gelöst werden.

204 Gemeinsam wollen wir:

- 205 ➤ Den Aufbau einer landesweiten Friedensbewegung und die Vernetzung lokaler Friedens-
206 Akteure durch Friedenskonferenzen auf den Weg bringen.
- 207 ➤ Die Unterstützung der Bündnisse „Rheinmetall entwaffnen!“, „Bundeswehr raus aus den
208 Schulen“ sowie „Majors for Peace“ ausbauen.
- 209 ➤ Die Mobilisierung zu Ostermärschen, Antikriegstagen und gegen Bundeswehrappelle
210 voranbringen.
- 211 ➤ Hochschulen für die Verankerung von Zivilklauseln gewinnen und damit für ein Verbot von
212 Rüstungsforschung kämpfen.
- 213 ➤ Uns vor Ort für eine antimilitaristische Erinnerungskultur einsetzen, die gegen Krieg und
214 Faschismus mahnt.

215

216 Antifaschismus

217 Noch immer legt die neoliberale Politik den Dung, um den braunen Sumpf fruchtbar zu machen. Noch
218 immer dient Rassismus zur Spaltung der großen Mehrheit und zur Ablenkung von der profitträchtigen
219 Ausbeutung von Mensch und Natur durch große Konzerne. Kein Fußbreit den Rechten! Mit ihrer
220 Angstmacherei, ihre Geschichtsleugnung und ihrer menschenverachtenden Sprache ist die AfD
221 Mittäter an brennenden Flüchtlingsheimen, gewaltvollen Anschlägen auf Menschen und
222 waffensammelnden Reichsbürgern. Gegen rechte Hetze setzen wir auf Aufklärung, gegen rechte
223 Einschüchterung setzen wir auf die Solidarität mit Betroffenen und gegen die rechte Verschlimmerung
224 neoliberaler Politik setzen wir auf das, was die Rechten verhindern wollen – auf das gemeinsame
225 Zusammenwirken der Vielen, mit Bewegungen und Gewerkschaften für eine soziale Alternative.

226 Gemeinsam wollen wir:

- 227 ➤ Die Vernetzung antifaschistischer Akteure voranbringen durch dezentrale Konferenzen.
- 228 ➤ Gegen Parteitage der AfD sowie weitere Versammlungen von extrem Rechten mobilisieren.

- 229 ➤ Aufklären über rechte Hetze, den neoliberalen Kern der AfD – in Öffentlichkeitsarbeit,
230 Veranstaltungen und Publikationen.
- 231 ➤ Eine stärkere Zusammenarbeit mit Betroffenen von Hetze und Gewalt für eine solidarische
232 Gesellschaft.
- 233 ➤ Unseren Forderungen, dass der 8. Mai gesetzlicher Gedenk- und Feiertag werden soll, durch
234 Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen Nachdruck verleihen.

235

236 **Gute Bildung für alle**

237 Gemeinsam mit Eltern, Erzieher*innen und Gewerkschaften konnten wir durchsetzen, dass seit August
238 2018 ein Großteil der Kitagebühren weggefallen ist. Noch gibt es aber zu viele Ausnahmen von der
239 Beitragsbefreiung, zudem fehlen in Niedersachsen über 16.000 Krippen- und Kitaplätze. Schulen sind
240 flächendeckend in ganz Niedersachsen unterfinanziert. Lehrkräfte fehlen, viele Fachkräfte werden in
241 Teilzeit gehalten und Schulgebäude sind gefährlich sanierungsbedürftig. Kitas, Krippen und Schulen
242 gehören flächendeckend ausgebaut, qualitativ ausfinanziert und gebührenfrei bereitgestellt.

243 Bildung allen zu ermöglichen ist die Grundvoraussetzung für die mündige Teilhabe an unserer
244 Gesellschaft. Durch Bildung eignen wir uns gemeinsam diese Welt an und können sie so im Sinne
245 eines friedvollen, sozialen und solidarischen Zusammenlebens gestalten. Sie öffnet Tür und Tor sowohl
246 für die persönliche Entfaltung als auch für das Berufsleben und sollte daher allen ermöglicht werden,
247 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder des
248 Glaubens.

249 Gemeinsam wollen wir:

- 250 ➤ Die Reaktivierung einer landespolitischen Arbeitsgruppe zum Thema Bildung voranbringen.
- 251 ➤ Bildungspolitische Akteure in Niedersachsen miteinander vernetzen.
- 252 ➤ Lohnkämpfe im Bildungsbereich offensiv unterstützen, gemeinsam mit den Gewerkschaften.
- 253 ➤ Öffentlich mit Veranstaltungen, Material und im Internet über unsere Inhalte aufklären.

254

255 **Kommunen stärken!**

256 Kommunen sind der Ort, in denen wir wohnen, arbeiten, zuallererst wirken und daher ein zentraler Ort,
257 um unsere Lebensbedingungen mitzugestalten. Viele unserer ehren- und hauptamtlichen kommunalen
258 Mandatsträger*innen stehen täglich vor der Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis
259 umzusetzen. Angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen und angesichts des drohenden
260 Rotstifts zur Bewältigung der Krise sind wir herausgefordert, dem suggerierten Sachzwang der
261 Schuldentilgung entgegenzutreten.

262 Statt Kürzungen wollen wir die Kommunen stärken, diesen demokratische Handlungsmöglichkeiten
263 durch finanzielle Besserstellung und durch (Re-)Kommunalisierung der Daseins- und Grundversorgung
264 zurückgeben. Wir wollen dafür sorgen, dass sie statt Schuldenlast die gesellschaftlich relevanten
265 Fragen wie Nahverkehr, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozial-ökologische

266 Nachhaltigkeit angehen können und die Vermögenden zur Finanzierung der Ausgaben wirksam
267 herangezogen werden.

268 Gemeinsam wollen wir:

269 ➤ Ein Konzept zur finanziellen Besserstellung und Schuldenentlastung der Kommunen
270 erarbeiten.

271 ➤ Die Vernetzung unserer ehren- und hauptamtlich kommunalpolitisch aktiven Genoss*innen
272 fördern.

273 ➤ Landesweit die Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft
274 ausbauen für eine Ausfinanzierung öffentlich relevanter Bereiche.

275 ➤ Lokale Initiativen zur (Re-)Kommunalisierung der Daseins- und Grundversorgung unterstützen.

276

277 **Umwelt- und Klimapolitik**

278 Der Schutz von Umwelt und Klima bildet die Grundlage für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit
279 – denn saubere Luft, klares Wasser und eine gesunde Flora und Fauna sind existenziell für ein gutes
280 Leben. Linke Umwelt- und Klimapolitik ist damit gleichzeitig Sozial- und Gesundheitspolitik. Es ist die
281 ärmere Bevölkerung, die in überhitzten Stadtteilen lebt, die krank wird durch Folgen des Klimawandels
282 und durch Folgen unterfinanzierter und fehlgeleiteter Umweltpolitik. Während große Konzerne mit der
283 Zerstörung der Umwelt und den folgenden Gesundheitsproblemen Profite machen, werden die Kosten
284 auf die Allgemeinheit abgewälzt. Unsere Umweltpolitik will Umverteilung und soziale Investitionen –
285 beispielsweise: Kostenfreier, taktstarker, flächendeckender Nahverkehr, den Ausbau erneuerbaren
286 Energien oder die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Davon profitiert nicht nur die Umwelt,
287 sondern-wir alle.

288 Wir sind die einzige Partei, die die Ursache für die Klima- und Umweltkatastrophe benennt. Nicht „der
289 Mensch“ als Einzelner ist das Problem, sondern der Kapitalismus ist Treiber dieser Katastrophe.
290 Jahrhunderten des Raubbaus zeigen sich die Übergriffe in die naturgesetzliche Ordnung als gefährliche
291 Störung: deutlich erkennbar an Klimawandel und Artensterben. Auch deshalb stellen wir die
292 Systemfrage. Wir wollen die Produktionsverhältnisse gemäß den Bedürfnissen der Menschen und der
293 Natur umbauen und Hilfe zur Selbstermächtigung für die Lösung der Klima-, Umwelt und durch sie
294 verursachte Gesundheitskrisen bieten. Unsere Aufgabe ist, die Grenzen, die fehlenden sozialen
295 Aspekte und die Kurzsichtigkeit der Umweltpolitik anderer Parteien aufzuzeigen, um das Augenmerk
296 auf Widersprüche und wirksame Maßnahmen zu lenken. Dazu gehört auch, dass die Verantwortlichen
297 für den Klimawandel und das Artensterben klar benannt werden: Die kapitalistische Wirtschaftsweise,
298 die Konzernen und reichen Profiteuren hohe „Verschmutzungsrechte“ mitsamt ihren krankmachenden
299 Folgen zugesteht.

300 Gemeinsam wollen wir:

301 ➤ Durch Veranstaltungen und Konferenzen unser energie-, agrar- baubiologisches und
302 verkehrspolitisches Profil schärfen.

303 ➤ Die Bündnisarbeit mit umweltpolitischen Vereinen und Lobbygruppen wie dem BUND und die
304 gemeinsame Aktion mit Bewegungen wie Fridays for Future suchen.

305 ➤ Schulungsangebote zu den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus und Umweltzerstörung
306 ausbauen.

307 ➤ Zu Veranstaltungen, Kundgebungen und Aktionen des zivilen Ungehorsams aufrufen und
308 mobilisieren.

309

310 **Bezahlbarer Wohnraum für alle**

311

312 Immer mehr Menschen müssen immer höhere Anteile ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Die
313 Wohnungssuche wird zum Stresstest. Steigende Mieten selbst für unrenovierte Wohnungen, die sich
314 in katastrophalem Zustand befinden, und Verdrängung alteingesessener Mieter*innen gehören auch in
315 Niedersachsen zum Alltag. Wer beispielsweise in Wolfsburg eine Wohnung neu mietet, muss über 60%
316 mehr zahlen als vor fünf Jahren. Dieser Wahnsinn hat nahezu alle Ballungszentren erreicht. Vor allem
317 große Immobilienkonzerne nutzen ihre Macht aus und machen fette Rendite mit unserer Miete. Die
318 neoliberale Politik trägt ihre Mitschuld an der Misere. Öffentliches Wohneigentum wurde verscherbelt
319 und der soziale Wohnungsbau wurde kaputtgespart. Kommunale Flächen wurden an Konzerne
320 verscherbelt, die mehr und mehr Luxuswohnungen bauen, statt sich an den finanziellen Möglichkeiten
321 der überwiegenden Mehrheit zu orientieren.

322 Für DIE LINKE ist Wohnen ein Menschenrecht. Wir werben mit unserem wohnungspolitischen
323 Dreiklang für einen Richtungswechsel. Wir wollen große Immobilienkonzerne enteignen, den
324 Mietendeckel einführen, den sozialen Wohnungsbau fördern und den Nahverkehr ausbauen. Denn
325 gute Verkehrspolitik gehört mit sozialer Wohnungspolitik verknüpft.

326 Gemeinsam wollen wir:

- 327 • Solidarisch auf der Straße und in den Parlamenten auf allen Ebenen für bezahlbares und gutes
328 Wohnen für alle kämpfen.
- 329 • Mit lokalen Akteuren und Mieterverbänden Netzwerke sowie Aktionen für bezahlbares
330 Wohnen organisieren.
- 331 • Kampagnen unterstützen für die Enteignung großer Immobilienkonzerne und die Stärkung des
332 sozialen Wohnungsbaus durch kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften.
- 333 • Flächendeckend über kommunale Räte die Forderung für die Einführung eines Mietendeckels
334 an die Landesregierung richten.
- 335 • Material zur weiteren Aufklärung allen Kreisverbänden zur Verfügung stellen.
336

337 **Mobilität und Verkehr**

338 Alle reden von der Notwendigkeit einer Verkehrswende. Die Anzahl der PKW nimmt in Niedersachsen
339 trotzdem stetig zu – und damit auch der CO₂-Ausstoß durch den Verkehr. Die Antwort der letzten
340 Landesregierungen auf das Verkehrschaos lauten Straßen- und Autobahnbau. Während gleichzeitig
341 Dutzende stillgelegte Bahnstrecken auf ihre Reaktivierung warten. Diese Politik verschärft nur
342 bestehende Probleme. Während die Städte im Verkehrschaos ersticken, bleiben die Menschen in
343 ländlichen Räumen auf Autos angewiesen. Der öffentliche Nahverkehr wurde kaputtgespart. Auf den

344 Autobahnen bilden sich lange LKW-Schlangen, während der Güterverkehr auf der Schiene und den
345 Wasserwegen rückläufig ist.

346 DIE LINKE. Niedersachsen steht für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Wir wollen einen
347 flächendeckenden, kostenfreien, taktstarken und schienengestützten Nahverkehr. Wir wollen die
348 Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken, den Stopp ökologisch und ökonomisch fataler
349 Straßenbauprojekte, die Vermeidung von Verkehr durch regionale Wertschöpfungsketten und die
350 Konversion der Auto- und Zuliefererindustrie durchsetzen. Eine sozial-ökologische Verkehrswende
351 ist nicht nur sozialer, sondern könnte die Arbeitsplätze in der Auto- und Zuliefererindustrie sichern.
352 Nicht die sozial-ökologische Verkehrswende gefährdet Arbeitsplätze, sondern ihr Ausbleiben.

353 Gemeinsam wollen wir:

- 354 • Uns mit dem VCD Niedersachsen und anderen Bündnispartnerinnen vernetzen, die für eine
355 sozial-ökologische Verkehrswende streiten.
- 356 • Unsere Positionen zu Verkehrspolitik schärfen, indem wir Infoveranstaltungen organisieren.
- 357 • Gemeinsame Veranstaltung mit den Belegschaften aus der Auto- und Zuliefererindustrie
358 durchführen.
- 359 • Konzepte für Infotische – ähnlich wie bereits mit dem „Miethai“ geschehen – zum Thema
360 sozial-ökologische Verkehrswende entwickeln, die vor allem Kreisverbänden in ländlichen
361 Räumen nützen.

362

363 **Arbeit, Hartz IV und Mindestlohn**

364 Die neoliberale Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die soziale Ungleichheit immer größer
365 wird. Die Zahl der Niedersächs*innen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen und zu
366 Niedriglöhnen arbeiten müssen, steigt, ebenso wie die Zahl der Rentner*innen, die auf
367 Grundsicherung angewiesen sind. Auch immer mehr Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen.
368 Dies deutet auf eine eklatante Familienarmut hin. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die Politik der
369 Bundesregierung der letzten Jahrzehnte hat dafür gesorgt, dass der prekäre Beschäftigungssektor
370 immer weiter gewachsen ist. Der von den LINKEN in den Fokus gerückte Mindestlohn wurde in den
371 vergangenen Jahren nur unzureichend umgesetzt. Für DIE LINKE ist klar, dass die Politik hier
372 grundlegend verändert werden muss. Wir wollen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie
373 Mindestsicherung statt Hartz IV. Die sozialen Ungerechtigkeiten der verfehlten Steuer-, Arbeitsmarkt-,
374 Sozial- und Gesellschaftspolitik der verschiedenen Bundesregierungen müssen auch in der Kommune
375 auf entschlossene Opposition treffen. Als Erwerbslose, prekär Ausgebeutete, Befristete und
376 Tarifbeschäftigte wirken wir solidarisch zusammen.

377 Gemeinsam wollen wir:

378

- 379 • Die gewerkschaftlichen Kämpfe vor Ort unterstützen und dazu in einen intensiven Dialog mit
380 den lokalen sowie landesweiten DGB Gewerkschaften treten.
- 381 • Eine Vernetzung unserer kommunalen Mandatsträger*innen nach dem Motto „Wir lernen
382 voneinander“ fördern.

- 383 • Gemeinsam mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft für unsere Forderung wie z.B. Erhöhung
384 des Mindestlohns und Überwindung von Hartz IV in öffentlichen Veranstaltungen werben.
385 Erarbeitung eines Konzeptes für „DIE LINKE hilft“ bzw. für Sozialstammtische zur Hilfe und
386 Selbstorganisation von Erwerbslosen sowie Menschen mit Hartz IV-Erfahrung.
387

388 **Gesundheit und Pflege**

389 Gesundheitsprävention ist unterentwickelt. Ursachen von Krankheiten werden nicht ausreichend auf
390 ungesunde, schadstoffbelastete und stressige Lebens- und Arbeitsbedingungen bezogen. Die Kosten
391 für diese durch eine schädliche Lebensumwelt verursachten Gesundheitsschäden werden sozialisiert.
392 Im Kapitalismus ist der Mensch eine funktionale Erscheinung, dessen Gesundheit nur in Bezug auf die
393 Wiederherstellung der Arbeitskraft von Bedeutung ist oder als langjährige Konsument*innen von
394 nebenwirkungsbehafteten Pharmaprodukten – das will DIE LINKE mit einer bedürfnisorientierten
395 Gesundheits- und Pflegepolitik ändern! In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand, immer
396 weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in immer kürzerer Zeit versorgen. Während
397 Aktionäre durch ein profitgetrimmtes Gesundheitssystem immer fettere Renditen absahnen, macht
398 die soziale Ungerechtigkeit immer mehr Menschen krank. Als Folge eines starken Konkurrenzdrucks
399 nehmen nicht nur psychische Erkrankungen zu. Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt
400 früher! Die Gesundheitsreformen der letzten Regierungen haben der Privatisierungswelle Tür und Tor
401 geöffnet und die Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem verschärft. Die Gesundheitsversorgung ist in
402 vielen Regionen in Niedersachsen prekär. Eine flächendeckende, ortsnahe medizinische Versorgung
403 ist schon jetzt nicht mehr überall gewährleistet. Auch ein seit Jahren bestehender Arbeitsplatzabbau
404 vor allem bei Pfleger*innen zieht sich wie ein roter Faden durch die Einrichtungen. In Krankenhäusern
405 wie Pflegeheimen gibt es viel zu wenige Pflegekräfte, weil das Renditemodell der privatisierten
406 Krankenhäuser und Pflegeheime auf einer starken Verringerung der Lohnkosten besteht. Dies setzt
407 auch Krankenhäuser und Pflegeheime in öffentlicher Hand unter Kostendruck am Markt. Seit Jahren
408 werden dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern zurückgehalten. Pflegende
409 Angehörige ersetzen dem Staat pro Jahr ca. 45 Milliarden € Ausgaben für die häusliche Pflege,
410 verarmen aber oft dabei und bringen sich um die Rente. Pflegende Angehörige müssen angemessen
411 bezahlt werden! Für DIE LINKE ist klar – Menschen statt Profite! Krankenhäuser und
412 Pflegeeinrichtungen gehören ausfinanziert, mit angemessen bezahlten Personal ausgestattet und in die
413 öffentliche Hand.

414

415 Gemeinsam wollen wir:

416

- 417 • Im Rahmen der bestehenden Pflegekampagne die Vernetzung mit Pflegekräften und
418 pflegenden Angehörigen ausbauen und sie bei den Forderungen nach angemessener
419 Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen unterstützen.
- 420 • Mit Methoden des „Organizings“ die Gründung von lokalen Pflegebündnisse vorantreiben und
421 erhalten.
- 422 • Unsere Bündnisarbeit, insbesondere mit den Gewerkschaften, weiter intensivieren und die
423 vom Pflegenotstand betroffenen Personen aktiv einbinden.
- 424 • Mit den ständigen Pflegekonferenzen weiter die einzelnen Felder des Pflegebereichs
425 analysieren und den Pflegekräften, den Pflegebedürftigen und den pflegenden Angehörigen
426 eine Plattform für die politische Selbstvertretung bieten.

- 427
- Weiteres Aufklärungsmaterial allen Kreisverbänden zur Verfügung stellen.
- 428
- Eine flächendeckende Versorgung mit Tagespflegeplätzen z.B. gemeinsam mit den
- 429
- Pflegebündnissen erstreiten.

430
431

432 **Auto- und Zulieferindustrie und Häfen**

433 Der Wandel in der Automobilbranche läuft bereits. Und das nicht nur bei Produktionsstandorten von
434 Volkswagen und zahllosen Zulieferunternehmen, sondern auch in den Häfen. Hier werden wesentliche
435 Teile des deutschen Fahrzeugexports sowie des Kfz-Imports abgewickelt und umgeschlagen. Doch
436 damit die damit verbundenen Chancen auch genutzt werden, braucht es dringend eine aktive,
437 gestaltende Wirtschaftspolitik, die die Interessen der Beschäftigten stützt und die Konzerne in die
438 Pflicht nimmt. Förderung des „Umbaus“ der Automobilindustrie darf nicht auf Kosten der
439 Beschäftigten geschehen. So ist es inakzeptabel, dass VW nun mit dem Argument des Umstiegs auf
440 Elektromobilität am laufenden Beschäftigungspakt rüttelt und mehr als 8000 Arbeitsplätze abbauen
441 will. Die Diskussionen um Konversion müssen wieder aufgenommen und Pläne zur Unterstützung
442 eines Umbaus erarbeitet werden. Die LINKE unterstützt Belegschaft und Gewerkschaften bei einer
443 ökologischen Transformation der Produktion, der Sicherung von Arbeitsplätzen und bei der
444 schrittweise tariflich ausgestalteten Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Eine Mobilitätswende ist
445 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der auch durch Konversion sinnvolle Arbeitsplätze in der
446 Auto- und Zulieferindustrie zu schaffen sind. Sie kann nur gelingen, wenn Beschäftigte aktiv die
447 Verkehrswendewende gestalten können. Ein umweltfreundlicher Verkehrssektor darf nicht mit
448 Massenarbeitslosigkeit erkaufte werden. Wir kämpfen für die Einrichtung von Transformationsfonds
449 gemeinsam mit den Beschäftigten und der IGM, die die Automobilindustrie mitfinanziert. Wir kämpfen
450 für die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich – womit gleichzeitig Arbeitsverdichtung, wie die Anzahl
451 der Entlassungen stark zu minimieren ist. Wir kämpfen für die Finanzierung von Umschulungen in
452 einem nachhaltigen Verkehrssektor oder anderen Sektoren.

453 **Gemeinsam wollen wir:**

- 454 ➤ In Veranstaltungen Positionen zur Transformation in der Auto- und Zuliefererindustrie entwickeln.
- 455 ➤ Die Vernetzung mit der Belegschaft und der Gewerkschaft intensivieren.

456

457 **Corona**

458 Die Corona-Pandemie ist eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen und das gesellschaftliche
459 Zusammenleben. Die Einschränkungen haben immense Folgen für das soziale Gefüge, die Wirtschaft,
460 die öffentlichen Haushalte und die Kultur. Die Hilfen der Bundesregierung sind lückenhaft und
461 ungerecht verteilt. Große Konzerne profitieren, viele kleine Unternehmen bleiben auf der Strecke. Den
462 verhängten Restriktionen fehlt es an demokratischer Legitimation, denn die Parlamente wurden nicht
463 miteinbezogen. Auch deswegen leiden die Maßnahmen an Widersprüchen: Zusammenkünfte im
464 kulturellen Bereich, Hotels und Gastronomie sind pauschal verboten. In anderen Bereichen wie z.B. in
465 Kirchen bleiben sie erlaubt. Die getroffenen Maßnahmen ignorieren die Infektionsgefahren am
466 Arbeitsplatz weitreichend. Große Hoffnungen ruhen auf der Entwicklung sicherer Impfstoffe, die auf
467 freiwilliger Basis eingenommen zur Bekämpfung der Pandemie beitragen können. Da diese Impfstoffe
468 nicht gleichzeitig für alle zur Verfügung stehen können, kommt es bei der Priorisierung auf eine
469 gerechte Verteilung an, die allein nach medizinischen und ethischen Maßstäben erfolgen sollte. Der
470 Geldbeutel Einzelner darf hierbei keine Rolle spielen. Zu Recht fordern die Regierungen von Indien und

471 Südafrika in diesem Fall das Patentrecht aufzuheben, um eine dezentrale Produktion überall auf der
472 Welt zu ermöglichen.

473 Wer zahlt die Kosten für diese Krise? Damit die finanziellen Folgen der Bekämpfung der Pandemie
474 nicht zu noch mehr Sozialabbau führen, fordert DIE LINKE eine Vermögensabgabe für die reichsten 0,7
475 Prozent als eine außerordentliche Finanzierungsmaßnahme, die Streichung der Schuldenbremse und
476 die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

477 Gemeinsam wollen wir:

- 478 ➤ Veranstaltungen zu den Folgen der Corona-Krise und der Politik der Bundesregierung
479 organisieren,
- 480 ➤ Angebote für Mitglieder schaffen, wo über die Corona-Politik und unsere Forderungen
481 diskutiert und sich ausgetauscht werden kann.
- 482 ➤ Den Bundestagswahlkampf nutzen um unsere Steuer- und Finanzierungskonzepte zu erläutern
483 und zu verbreiten.

484

485 **Parteientwicklung**

486 **Öffentlichkeitsarbeit**

487 Wollen wir als LINKE überzeugen, müssen wir mehr Menschen erreichen. Dabei benennen wir
488 Probleme, klären über diese auf und überzeugen mit unseren Lösungsansätzen. Dabei setzen wir nicht
489 nur auf den Aufbau eigener Strukturen zur Verbreitung unserer Inhalte. Mit unserer
490 Öffentlichkeitsarbeit wollen wir mit Bild, Ton und Sprache nicht nur dafür sorgen, dass Probleme
491 besser verstanden werden. Wir wollen Sympathisant*innen unserer Inhalte zur politischen Tat
492 ermuntern. Dafür möchten wir eine emotional ansprechende Öffentlichkeitsarbeit, die gleichzeitig
493 provokant und inhaltlich fundiert ist.

494 Wir haben im letzten Jahr die Qualität unsere Öffentlichkeitsarbeit stark verbessert. Regelmäßige
495 Pressemitteilungen, Beiträge auf der Homepage, Facebook und Instagram begleiten unsere politische
496 Arbeit. Es ist nicht nur gelungen die Social-Media-Reichweite der LINKEN Niedersachsen zu erhöhen,
497 es wurden auch erste gute Kontakte zu Pressevertreter*innen geknüpft, die zu einer stärkeren
498 Repräsentanz unserer Landespartei in herkömmlichen Medienformaten führen. Auch die gute
499 Kooperation mit dem ehrenamtlichen Social-Media-Team des Landesverbandes sowie der
500 niedersächsischen Landesgruppe im Bundestag wollen wir fortsetzen.

501 Gemeinsam wollen wir:

- 502 ➤ Die Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit in den Kreisverbänden verbessern, speziell im
503 Bereich Soziale Medien, Verfassen von Pressemitteilungen und Umgang mit Journalist*innen.
- 504 ➤ Öffentlichkeitsarbeit stärker mit Mitgliedergewinnung und -aktivierung verbinden.
- 505 ➤ Die Reichweite unserer Social-Media-Kanäle ausbauen und weitere Kanäle erschließen.
- 506 ➤ Die Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf Ton und Video weiter professionalisieren.
- 507 ➤ Printmaterial zur Verfügung stellen.

508 **Kommunikation & Debatte**

509 Die LINKE ist eine lernende Partei. Denn die Partei lebt von der kulturvollen und solidarischen
510 Diskussion um Analysen, Forderungen und die Reichweite gesellschaftlicher Veränderung. Nur so
511 können die Partei und ihre Mitglieder initiativ werden gegen neoliberale Politik, für Frieden und soziale
512 Gerechtigkeit: In Bündnissen, in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten. Daher sind auf allen
513 Ebenen und in allen Organen der Partei Möglichkeiten zur qualifizierten Debatte wichtig, um aktuell
514 die erforderlichen Konsequenzen für die Politik der Partei zu ziehen. Zudem wollen wir ein lebendiges
515 Parteileben entwickeln, in dem ein wertschätzender Umgang gepflegt und die Generationen in die
516 Partei zusammenführt werden.

517 In den letzten zwei Jahren haben wir neben den klassischen Kanälen auf denen Informationen
518 versandt oder Diskussionen ermöglicht werden, einen regelmäßigen Newsletter des Landesverbandes
519 etabliert sowie eine Parteizeitung mit dazugehörigen Onlineblog aufgebaut. Über Regionalkonferenzen,
520 Delegiertenbesprechungen und monatliche Kreisvorständekonferenzen haben wir überregionale
521 Treffen eingeladen, um die Diskussion zur Partei und Gesellschaft von unten zu fördern.

522 Gemeinsam wollen wir:

523 ➤ Die Parteizeitung „mit:links“ mindestens zweimal im Jahr an alle Mitglieder verschicken.

524 ➤ Mehr Mitglieder dafür gewinnen regelmäßig Beiträge für die „mit:links“ zu schreiben.

525 ➤ Zwei bis vier Regionalkonferenzen in jeder Region durchführen.

526 ➤ Monatlich Kreisvorständekonferenzen online anbieten und monatlich einen Newsletter an alle
527 Mitglieder verschicken.

528 ➤ Den regelmäßigen politischen Austausch in den Kreisverbänden fördern.

529

530 **Politische Bildung**

531 Die Linke hat den Anspruch, eine aufklärerische, emanzipatorische und organisierende-Partei zu
532 werden. Bildung ist ein kollektiver Prozess, der es ermöglicht, die Welt zu verstehen und sich diese
533 kollektiv anzueignen. Jung wie Alt wollen wir zusammenbringen, um sich mit der Aneignung historisch-
534 sozialistischer Kämpfen für heute Lehren zu ziehen. Wir ziehen aus unseren Taten Lehren und aus den
535 Lehren Taten. Wir teilen unsere Erfahrungen aus der politischen Arbeit, reflektieren diese für unserer
536 Verständnis der Welt und führen die theoretischen Erkenntnisse wieder in unsere Praxis. Durch unsere
537 politische Bildung schaffen wir Räume für den vertiefenden Austausch, lernen voneinander und
538 werden so gemeinsam handlungsfähiger für die gesellschaftlichen Kämpfe, die vor uns liegen.

539 Die Landesbildungskommission, LaBiKo, steht durch vom Landesvorstand entsandte Delegierte in die
540 „Kommission politische Bildung“, KpB, in ständigem Austausch mit der Bundesebene der Partei. Die
541 LaBiKo ist eine eigenständige Kommission des Landesvorstands, die die Kontinuität und den Ausbau
542 der Landesbildungspraxis gewährleisten soll. Sie besteht aus Parteimitgliedern, die eine Teamenden-
543 Ausbildung durchlaufen und organisiert ihre Seminare selbst. Der Landesvorstand und die LaBiKo
544 vereinbaren die Bildungsbedarfe gemäß seiner politischen Schwerpunkte und beschließt die
545 Bildungsinhalte.

546 Gemeinsam wollen wir

547 ➤ Die Landesbildungskommission bei ihrer Arbeit unterstützen und personell stärken.

548 ➤ Die Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle und anderen parteinahen
549 Bildungsakteur*innen ausbauen.

550 ➤ Die Kontinuität der marxistischen Grundlagenbildung sichern.

551 ➤ Online-Bildungsangebote ausbauen und als Ergänzung zu Präsenztreffen ausweiten.

552 ➤ Bildungsangebote und Veranstaltungen dezentral organisieren.

553 ➤ Wahlkampfseminare zur Vorbereitung der Wahlkämpfe anbieten.

554

555 Gleichstellung

556 Die Politik wird immer pluraler und weiblicher. Frauen und LGBTQ+ führen gesellschaftliche Kämpfe
557 und Bewegungen an und stellen die Mehrheit der Aktiven. Sie demonstrieren und leisten zivilen
558 Ungehorsam und widersprechen damit aktiv frauenfeindlichen Stereotypen. Sie verknüpfen Kämpfe
559 gegen Rassismus, Umweltzerstörung, Patriarchat und ausbeuterische Verhältnisse zu einem
560 gemeinsamen Kampf für eine bessere, freiere und emanzipierte Gesellschaft. Als DIE LINKE begrüßen
561 wir diese Entwicklung, denn unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der der Anspruch verwirklicht ist,
562 dass alle Menschen als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandelt werden. Jede Form von
563 Diskriminierung, Gewalt, Sexismus, Ausgrenzung oder Beleidigung gegen Frauen, gegen Schwule,
564 Lesben, Transgender und Bi- und Intersexuelle oder auch aufgrund von Behinderungen, Alter,
565 ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, müssen entschieden bekämpft werden.

566 DIE LINKE muss diese Politik beispielgebend vorleben. Gerade einmal 25% aller Mitglieder sind
567 hingegen weiblich. Um den Anspruch einer sozialistischen und feministischen Partei gerecht zu
568 werden, braucht es einen kulturellen Wandel innerhalb der Partei. Wenn Frauen in die Partei kommen,
569 muss ihnen erstmal zugehört werden, wie sie sich engagieren wollen, anstatt sie gleich mit
570 Parteiämtern zu überhäufen. Ein wertschätzender Umgang ist wichtig für eine einladende Atmosphäre
571 in der Partei und stets willkommen. Statt konkurrenzhaftem Gepolter in Diskussionen, braucht es eine
572 solidarische Redekultur in der das Argument und nicht die Lautstärke herrscht. Strukturelle
573 Diskriminierung muss reflektiert statt kleingeredet werden.

574 Gemeinsam wollen wir:

575 ➤ Für eine solidarische Diskussionskultur streiten,

576 ➤ Das Männerplenum beim Landesparteitag etablieren und den Austausch und Männern und Frauen
577 fördern.

578 ➤ Feminismus als eine rote Linie unserer Positionen stärken.

579 ➤ Schulungsangebote zum Marxismus und Feminismus anbieten.

580

Satzungsändernde Anträge

S 1

Satzungsändernder Antrag – Umbenennung des „Landesrates LINKE Frauen“ in „Feministischer Landesrat“

zuletzt verändert am: 14.12.2020

Antragsteller*innen:

- Kreisverband DIE LINKE. Lüneburg,
- Kreisvorstand DIE LINKE. Hildesheim,
- Vivienne Widawski (KV Lüneburg),
- Isa Metzger (KV Lüneburg),
- Lewia Gerlinger (KV Hildesheim),
- Mareike Weihmann (KV Hildesheim)

§ 8: „Der Landesrat LINKE Frauen“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat“**

§ 8 (1): „Der Landesrat LINKE Frauen setzt sich aus den weiblichen Mitgliedern des Landesverbandes zusammen.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat setzt sich aus den weiblichen, inter*, nichtbinären, trans* und agender Mitgliedern des Landesverbandes zusammen.“**

§ 8 (2): „Der Landesrat LINKE Frauen“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat“**

§ 8 (3): „Der Landesrat LINKE Frauen erhält für seine Arbeit im Rahmen des Finanzplanes finanzielle Mittel.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat erhält für seine Arbeit im Rahmen des Finanzplanes finanzielle Mittel.“**

§ 8 (4): „Der Landesrat LINKE Frauen wählt einen Sprecherinnenrat, die Anzahl der zu wählenden Sprecherinnen legt die Vollversammlung fest. Außer den gewählten Sprecherinnen gehört dem Sprecherinnenrat eine frauenpolitisch Verantwortliche des Landesvorstandes als Beigeordnete an. Der Sprecherinnenrat wird für zwei Jahre gewählt.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat wählt einen Sprecher*innenrat, die Anzahl der zu wählenden Sprecher*innen legt die Vollversammlung fest. Außer der gewählten Sprecher*innen gehört dem Sprecher*innenrat eine genderpolitisch verantwortliche Person des Landesvorstandes als Beigeordnete*n an. Der Sprecher*innenrat wird für zwei Jahre gewählt.“**

§ 8 (5): „Der Landesrat LINKE Frauen tagt mindestens zweimal jährlich.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat tagt mindestens zweimal jährlich.“** § 8 (6): „Der Landesrat LINKE Frauen gibt sich eine Geschäftsordnung und gestaltet seine Arbeit eigenständig.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat gibt sich eine Geschäftsordnung und gestaltet seine Arbeit eigenständig.“**

§ 8 (7): „Der Landesrat und der Sprecherinnenrat tagen in der Regel frauenöffentlich, der Sprecherinnenrat kann in begründeten Fällen die Öffentlichkeit mit einfacher Mehrheit ausschließen.“ wird ersetzt durch: **„Der Feministische Landesrat und der**

Sprecher*innenrat tagen in der Regel **FINTA***-öffentlich, der **Sprecher*innenrat** kann in begründeten Fällen die Öffentlichkeit mit einfacher Mehrheit ausschließen.“

§ 8 (8): „Der Landesrat LINKE Frauen hat Antragsrecht in allen Organen der Landespartei.“ wird ersetzt durch: „**Der Feministische Landesrat** hat Antragsrecht in allen Organen der Landespartei.“

Durch die Umbenennung ergeben sich zwangsläufig folgende Änderungen:

§ 4 (1) d: „die Delegierten des Landesrates LINKE Frauen.“ wird ersetzt durch: „die Delegierten **des Feministischen Landesrates**.“

§ 4 (8): „Der Landesrat LINKE Frauen erhält zwei Mandate. Die zwei Delegierten werden in der Vollversammlung des Landesrates LINKE Frauen gewählt.“ Wird ersetzt durch: „**Der Feministische Landesrat** erhält zwei Mandate. Die zwei Delegierten werden in der Vollversammlung **des Feministischen Landesrates** gewählt.“

§ 5 (8) f: „der Landesrat LINKE Frauen“ wird ersetzt durch: „**der Feministische Landesrat**“

§ 7 (4) e: „eine Vertreterin des Landesrates LINKE Frauen“ wird ersetzt durch: „**ein*e Vertreter*in des Feministischen Landesrates**“

Begründung:

Die Umbenennung des Landesrates LINKE Frauen in „Feministischer Landesrat“ passt den Landesrat an die aktuelle politische und feministische Debatte sowie die Lebensrealitäten aller Geschlechter an. Die Aufrechterhaltung einer binären (männlich-weiblich) Geschlechtervorstellung ist nicht mehr zeitgemäß und bedeutet für viele Menschen eine fehlende Repräsentation und damit einen Ausschluss aus der politischen Arbeit.

Da sich besagter Landesrat laut aktueller Satzung mit der genderpolitischen Arbeit des Landesverbandes beschäftigt (Gender = englisch für Geschlecht), müssen auch alle Menschen in diesem Landesrat vertreten sein, die von patriarchalen und heteronormativen Grundsätzen diskriminiert, strukturell unterdrückt und damit ausgebeutet werden.

Der feministische Kampf ist nicht der Kampf von Frauen gegen Männer. Vielmehr muss er vereint und mit der Kraft aller Betroffenen geführt werden, um uns alle vom Patriarchat zu befreien.

Heteronormativität bedeutet, dass:

1. zwei Geschlechter – Mann und Frau – als die Norm gelten und wer davon abweicht, ausgegrenzt und diskriminiert wird. Inter* Menschen, deren Geschlecht nicht eindeutig einem der beiden zugeordnet werden kann, werden noch immer nach ihrer Geburt geschlechtsangleichenden Operationen unterzogen, die medizinisch nicht notwendig sind – ein massiver Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Trans* Personen haben es z.B. auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer, viele arbeiten in informellen Sektoren oder sind arbeitslos. Nichtbinäre Menschen, die sich keinem der beiden als Norm angesehenen Geschlechter zuordnen, müssen Tag für Tag Ausgrenzungen über sich ergehen lassen, weil sie nicht ins Schema passen. Das sind nur einige Beispiele.

2. Heterosexualität als Norm angenommen wird. Lesben, Bisexuelle, Queere Menschen werden wegen ihrer Sexualität angegriffen. Das betrifft zum Beispiel ihr Adoptionsrecht, Schwierigkeiten bei Arbeitgeber*innen und Sticheleien der Kolleg*innen. Viele outen sich nur im engsten Bekannten- und Freund*innenkreis. Alle Menschen, die von Patriarchat und Heteronormativität klein gehalten werden, wollen wir unter der Abkürzung **FINTA*** fassen: Frauen, inter*, nichtbinäre und trans* Personen sowie agender Menschen. Letztere ordnen sich keinem Geschlecht zu. Geschlecht hängt, neben biologischen Merkmalen wie Genen, Chromosomen, Hormonen und Geschlechtsorganen, auch mit

sozialen Aspekten wie Erwartungen, Verhaltensweisen, Aussehen und bestimmten Rollenbildern zusammen, die mit einer Zuordnung einhergehen. Von Frauen wird zum Beispiel eher erwartet, dass sie den Haushalt machen und zu Hause bleiben, von Männern, dass sie ihre Gefühle nicht zeigen. Das Sternchen am Ende von FINTA* versucht, alle Menschen einzubeziehen, die sich nicht klar einer Definition zuordnen, sondern sich auf dem breiten Spektrum von Geschlecht zwischen den genannten Gruppierungen positionieren.

Der Landesrat LINKE Frauen hat es in der Vergangenheit als gängige Praxis gehandhabt, dass neben Frauen auch explizit inter* Menschen, nichtbinäre Menschen, trans* Personen und agender Menschen eingeladen werden. Das bedeutet, dass die Umbenennung für die Aktivität des Landesrates keine Veränderung bringt, sondern lediglich den Namen so anpasst, dass alle Menschen, die sich in dem Landesrat engagieren (können), auch im Namen repräsentiert sind.

S 2

Satzungsändernder Antrag: Die Führung von Mitgliederlisten der Landesarbeitsgemeinschaften vereinfachen und transparent machen.

Antragssteller: Christoph Podstawa (Landesgeschäftsführer)

Der 8. Landesparteitag möge folgende Änderungen beschließen:

Der bisherige § 19 Absatz 4

„§ 19 Die innerparteilichen Zusammenschlüsse

(4) Zur Feststellung der Anzahl der Mitglieder kann ein Abgleich der Mitgliederlisten mit den Daten der Mitgliederverwaltung erfolgen. Grundlage für die finanzielle Ausstattung der Zusammenschlüsse ist die Anzahl der Mitglieder, die Mitglied der Partei DIE LINKE sind. Die Mitgliederlisten werden vertraulich behandelt und verbleiben bei den gewählten Leitungsorganen und werden nicht in die EDV der Landesgeschäftsstelle eingepflegt.“

wird geändert in:

„§ 19 Die innerparteilichen Zusammenschlüsse

(4) Grundlage für die finanzielle Ausstattung der Zusammenschlüsse ist die Anzahl der Mitglieder, die Mitglied der Partei DIE LINKE sind. Die Mitgliederlisten werden vom Leitungsorganen der Landesarbeitsgemeinschaften und der Landesgeschäftsstelle gemeinsam geführt. Ein- und Austritte in Landesarbeitsgemeinschaften sind der Landesgeschäftsstelle schriftlich zu melden oder können direkt dort erfolgen.“

Begründung:

Der Landesgeschäftsstelle bzw. dem Mitgliederverantwortlichen ist es verboten Mitgliederlisten der Landesarbeitsgemeinschaften in das Mitgliederprogramm einzutragen. Mit diesem Antrag soll die Erlaubnis erteilt werden, was sowohl die Arbeit des Mitgliederverwalters als auch der Leitungsorgane

der Landesarbeitsgemeinschaften erleichtert. Im Mitgliederprogramm haben wir mit wenigen Klicks die Möglichkeit die Mitgliedschaft in einer Landesarbeitsgemeinschaft anzumelden und könnten entsprechend schnell Mitgliederlisten zur Verfügung stellen. Zudem gewährleistet die Landesgeschäftsstelle jederzeit die hohen Standards des Datenschutzes. Wir würden – so wie die Landesgeschäftsstelle in NRW – ein allgemeines Eintrittsformular zur Verfügung stellen. Das angestrebte Verfahren ist Standard, erleichtert die Arbeit und gewährleistet die innerparteiliche Demokratie.

Was sind die Probleme?

Die Mitgliederlisten spielen bei der Verteilung von Finanzmitteln und bei der Wahl von Delegierten für den Landesparteitag und den Landesausschuss eine wichtige Rolle. Dabei müssen Zeitpunkte festgelegt werden, wann die Mitgliederstärken erfasst werden. Das ist unter aktuellen Bedingungen nahezu unmöglich und intransparent, weil Eintritte bzw. Eintrittsdaten nicht überprüft werden können. Zudem gehen Listen oft verloren, wenn Leitungsorgane wechseln. Die aktuelle Regelung ist also nicht nur intransparent und unsere Demokratie unterlaufend, sondern auch noch ineffektiv.

Bei der Vorbereitung von Haushalten und bei Wahlen von Delegierten müssen die Landesarbeitsgemeinschaften ihre Mitgliederlisten in der Landesgeschäftsstelle einreichen. Die Landesgeschäftsstelle muss daraufhin alle aufgelisteten Personen einzeln (!) überprüfen, ob sie Mitglieder der LINKEN sind. Das sind mehrere hunderte Überprüfungen im und pro Jahr! Die Landesgeschäftsstelle erstellt also stundenlang „händisch“ lange Listen, die aber technisch innerhalb von Minuten zur Verfügung gestellt werden könnten. Mit der neuen Regelung stünde der Landesgeschäftsstelle mehr Zeit zur Verfügung.

In diesem Jahr hätten die Landesarbeitsgemeinschaften bis zu 18 Delegierte wählen können. Gewählt wurden nur elf Delegierte, weil organisatorische Probleme bestanden und Mitgliederlisten nicht zur Verfügung standen. Umgekehrt haben sich viele Genoss*innen beschwert, weil sie entweder als Mitglied einer Landesarbeitsgemeinschaft nicht zu Sitzungen und Wahlversammlungen eingeladen wurden oder – umgekehrt – überrascht darüber waren, dass sie Mitglied einer Landesarbeitsgemeinschaft sein sollten, sich aber an den Eintritt nicht erinnern können.

Die bisherige Erfassung von Mitgliedern ist intransparent, undemokratisch und erleichtert die Verletzung der Rechte der einzelnen Mitglieder. Sie stärkt auch ein Misstrauen gegenüber der Landesarbeitsgemeinschaften, was wiederum die politische Arbeit hemmt. Mit der Satzungsänderung könnte diese Problematik mit wenigen Mausklicks gelöst werden, weil die Landesgeschäftsstelle Mitgliederlisten führen und auch neu gewählten Leitungsorganen direkt und lückenfrei zur Verfügung stellen könnte.

Mit diesem Antrag möchte ich 1.) unnötigen Arbeitsaufwand in der Landesgeschäftsstelle reduzieren, 2.) die innerparteiliche Demokratie und Transparenz stärken, 3.) die politische Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften erleichtern und 4.) die Rechte der einzelnen Mitglieder gewährleisten.

Ich bitte um eure Unterstützung!

S 3

Satzungsändernder Antrag: Auflösung von Landesarbeitsgemeinschaften

Antragssteller: Christoph Podstawa (Landesgeschäftsführer)

Der 8. Landesparteitag möge folgende Satzungsänderung beschließen:

Der bisherige § 7 (2b)

§ 7 Der Landesausschuss

(2) Darüber hinaus beschließt er über folgende Angelegenheiten:

b. die Anerkennung von innerparteilichen Zusammenschlüssen im Landesverband.

wird geändert in:

§ 7 Der Landesausschuss

(2) Darüber hinaus beschließt er über folgende Angelegenheiten:

b. die Anerkennung, **Neugründung und Auflösung** von innerparteilichen Zusammenschlüssen im Landesverband.

Begründung:

Im Landesverband hat 25 Landesarbeitsgemeinschaften. Die meisten sind inaktiv. Gleichzeitig gibt es Genoss*innen und Interessierte, die gerne an Themenschwerpunkten arbeiten würden. Sie erreichen die Verantwortlichen aber nicht und können auch nicht an Treffen teilnehmen, weil es keine gibt. Das ist frustrierend und für viele neue Mitglieder eine frustrierende Erfahrung.

Zudem haben aktive Mitglieder, die eine Landesarbeitsgemeinschaft aufleben lassen wollen, kaum Möglichkeiten diese zu reaktivieren. Die Hemmschwelle eine weitere Landesarbeitsgemeinschaft mit ähnlicher thematischer Ausrichtung zu gründen ist aber hoch.

Mit dieser Satzungsänderung könnten inaktive Landesarbeitsgemeinschaften aufgelöst werden und der Weg zu Neugründungen freigemacht werden.

Organisatorische Hinweise

für die 1. Tagung des 8. Landesparteitag
am 13. /14. März 2021 in Hannover, Leonore-Goldschmidt-Schule, IGS Mühlenberg

Hinweis

Der Landesvorstand entscheidet bei seiner digitalen Sitzung am Samstag, 13. Februar 2021 inwieweit Teil des Landesparteitages online durchgeführt werden und inwieweit wir den Landesparteitag bereits am Freitag, den 12. März ab 18 Uhr digital eröffnen. **Diese Einladung gilt daher vorbehaltlich auch für Freitag, den 12. März 2021, 18 Uhr.** Falls Teile des Landesparteitages digital durchgeführt werden, werden wir euch die Zugangsdaten rechtzeitig zukommen lassen.

Die Zugangsdaten zur Landesvorstandssitzung am 13. Februar 2021 erhaltet ihr auf Anfrage beim Landesgeschäftsführer Christoph unter christoph.podstawa@dielinke-nds.de.

Verhinderung

Solltest Du am Landesparteitag verhindert sein, bitten wir Dich, dieses der Landesgeschäftsstelle per Mail an landesbuero@dielinke-nds.de anzuzeigen und die **Unterlagen an Deinen Kreisvorstand** weiterzugeben, damit dieser sie an die Ersatzdelegierten weitergeben kann.

Anträge

Die Antragsfristen richten sich nach der Landessatzung:

Wenn der Landesparteitag am 13. März und 14. März in Präsenz stattfindet, gelten folgende Antragsfristen: Die Antragsfrist für Anträge von besonderer Bedeutung (u.a. Satzungsanträge) endet am Freitag, 29. Januar 2021. Die Frist für normale Anträge endet am Freitag, 12. Februar 2021.

Sollte der Landesparteitag teilweise online stattfinden und bereits am Freitag, 12. März 2021 beginnen, endet die Antragsfrist für Anträge von besonderer Bedeutung bereits am Donnerstag, 28. Januar 2021 und die normale Antragsfrist schon am Donnerstag, 11. Februar 2021.

Bitte sendet Anträge ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse: antraege@dielinke-nds.de

Bitte sendet nur Word-Dateien, da diese sich einfacher verarbeiten lassen.

Solltet Ihr über keine E-Mail-Adresse verfügen, ist es auch möglich, die Anträge per Post an das Landesbüro DIE LINKE. Niedersachsen, Gosseriede 8, 30159 Hannover zu schicken.

Kandidaturen

Auf dem Landesparteitag wird ein neuer Landesvorstand sowie die Delegierten für den

Bundesausschuss (2022-2023), die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission gewählt. Erstmals findet auch die Wahl einer Landesinklusionsbeauftragte*n statt.

Solltet Ihr Kandidieren wollen und am Landesparteitag nicht anwesend sein, benötigen wir eine schriftliche Einverständniserklärung (eine elektronische Übermittlung beispielsweise per E-Mail oder SMS genügt).

Bitte schickt die Kandidaturen an folgende E-Mail-Adresse kandidaturen@dielinke-nds.de Kandidaturen, die bis Sonntag, 21. Februar 2021, schriftlich vorliegen (maximal 1 Seite) werden in das Antragsheft 2 aufgenommen. Später eingehende Bewerbungen können nicht im Antragsheft 2 leider berücksichtigt werden.

Wahl der Landesfinanzrevisionskommission

In § 27 Absatz 2 Bundessatzung ist geregelt:

„Mitglieder von Vorständen, des Bundesausschusses oder ähnlicher Parteiausschüsse in Landes- und Kreisverbänden, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger derselben Ebene wie die entsprechende Kommission, Angestellte der Partei oder mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen, können nicht Mitglieder der Finanzrevisionskommissionen sein.“

Wahl der Landesschiedskommission

In § 2 Absatz 3 Schiedsordnung ist geregelt:

„Die Mitglieder der Schiedskommissionen dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes, oder eines Landes- oder Kreisvorstandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder eines Gebietsverbandes stehen oder ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.“

Reisekosten

Gemäß Finanzplan 2019 tragen die Kreisverbände die Fahrtkosten für die Delegierten der Kreisverbände. Wenn Ihr Fahrtkosten erstattet haben möchtet, wendet Euch bitte an Euren Kreisverband.

Die Fahrtkosten der Delegierten der innerparteilichen Zusammenschlüsse werden aus den Budgets der Zusammenschlüsse getragen. Die Fahrtkosten der Solid-Delegierten werden im Rahmen der Reisekostenordnung vom Landesverband finanziert.

Unabhängig davon, ob der Landesparteitag in vollständig in Präsenz oder teilweise digital durchgeführt wird, werden die Hotelzimmer zentral durch das Landesbüro gebucht. Die Unterbringung erfolgt aufgrund der Corona-Epidemie grundsätzlich in Einzelzimmern. Weitere Informationen erhaltet Ihr rechtzeitig.

Barrierefreiheit

Die Veranstaltungsräume, die Toiletten und der Zugang sind barrierefrei. Bitte meldet Euch frühzeitig - nach Möglichkeit bis zum 8. März 2021 im Landesbüro, wenn Ihr Assistenzbedarf habt.

Kinderbetreuung

Der Landesverband bietet bei Bedarf eine Kinderbetreuung an. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um möglichst frühzeitige Anmeldung **bis spätestens Sonntag, 8. März 2021**, an folgende E-Mail-Adresse: **landesbuero@dielinke-nds.de**. Bitte gebt bei der Anmeldung das Alter der Kinder und Eure Telefonnummer (nach Möglichkeit Handy-Nummer) an.